

Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Dresden 2

Verantwortlicher: Carl Schatzschneider Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Dresden Nr. 3852

Belegpreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/5, durch die Geschäftsstelle: Hauptstraße 149, sowie durch alle Auslagen zu beziehen. Postpreis freibleibend! Wöchentlich 0,40 Goldmark.

Anzeigenpreis: Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 30 Pf., auswärts 45 Pf., Siedlungsgebiete 4 Pf., Familienanzeigen, Gelegenheits-Anzeigen, Verlosungen- und Wohnungs-Anzeigen 3 Pf., Klein-Anzeigen pro Wort 1 Pf., das letzte Wort 2 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/5 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Französische Drohungen.

Die Franzosen nutzen die Fehler des neuen Streymann-Kurses aus.

Die Verhandlungen zu den der Sachverständigenkommission des Völkerbundes und der Reparations-Kommission, die am 17. November in Brüssel stattfanden, sind durch die französische Regierung als ein wichtiger Schritt in der Abklärung der Reparationsfrage angesehen worden. Die französische Regierung hat durch diese Verhandlungen die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich gelenkt und die Diskussion über die Reparationsfrage in der Öffentlichkeit wieder belebt. Die französische Regierung hat durch diese Verhandlungen die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich gelenkt und die Diskussion über die Reparationsfrage in der Öffentlichkeit wieder belebt. Die französische Regierung hat durch diese Verhandlungen die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich gelenkt und die Diskussion über die Reparationsfrage in der Öffentlichkeit wieder belebt.

Bewegung in Verbindung steht, die die Wiederherstellung der Monarchie bezweckt, das eine drahllose Station bestrebe, und das in dieser Angelegenheit nicht eingreifen könne.

Die Botschafterkonferenz wird am Montag vor-mittag eine Sitzung abhalten, um eine Entscheidung in der Angelegenheit der Rückkehr des Kronprinzen und der Wiederaufnahme der Militärkontrolle zu treffen. Am Nachmittag des gleichen Tages wird der Rat im Einverständnis zusammentreten, um die Vorschläge der Botschafterkonferenz zu prüfen. Das Reichsamt für die Rückkehr des Kronprinzen und die Wiederaufnahme der Militärkontrolle zu prüfen. Das Reichsamt für die Rückkehr des Kronprinzen und die Wiederaufnahme der Militärkontrolle zu prüfen.

Einer Neutermeldung aus Washington zufolge glaubt Präsident Coolidge, dass amerikanische Volk werde mit jedem Schritt der Völkerbundes zur Verhinderung einer Wiederherstellung der Hohenzollern-Monarchie Sympathie haben, wenn auch die amerikanische Regierung selbst in Übereinstimmung mit einer seit langem bestehenden Tradition in dieser Angelegenheit nicht eingreifen könne.

Die Wahlsparole unserer englischen Genossen.

Die englische Arbeiterpartei hat heute ein Manifest über ihr Wahlprogramm veröffentlicht. Darin wird betont, dass der Sozialismus kein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist. Weiter wird für eine Politik der internationalen Zusammenarbeit durch einen stärkeren und größeren Völkerbund eingetreten. Endlich befragt das Manifest, der Sachverständigenrat einer Regierung der Arbeiterpartei würde eine einmalige abgestufte Kapitalabgabe für Kapitalisten von 5000 Pfund Sterling an erheben, ausschließlich zum Zweck der Abklärung der Kriegsschuld.

In dem Manifest heißt es im einzelnen: Die Arbeiter-

partei tritt ein für eine Politik internationalen Zusammenwirkens durch einen verstärkten und vergrößerten Völkerbund, die Regelung von Streitfragen durch verlässliche internationale gerichtliche Entscheidungen, sofortige Einberufung einer internationalen Konferenz durch die britische Regierung, an der Deutschland auf Grundlage der Gleichberechtigung teilnehmen würde, zu einer Verhandlung über die Revision des Versailler Vertrages, und Wiederaufnahme freier wirtschaftlicher und diplomatischer Beziehungen zu Russland.

Serabsetzung der zu hohen Goldgrundpreise! Papiergeld immer noch gefähliches Zahlungsmittel!

Der Präsident des Landespolizeiamts teilte durch den Amtlichen Preussischen Pressedienst mit: Es ist die Beobachtung gemacht worden, dass die Grundpreise für Gegenstände des täglichen Bedarfs, die jetzt allgemein auf Goldmark berechnet werden dürfen, zum Teil in Ausnutzung des durch amtliche Festsetzung sehr niedrig gehaltenen Dollarkurses nicht nur weit über die Weltmarktpreise hinaus, sondern auch über die Weltmarktpreise hinausgeschossen sind. Das war in sehr vielen Fällen bisher schon unüberwindlich und hat den Polizeibehörden Veranlassung zum Einschreiten gegeben. Nachdem nun aber die amtlichen Berliner Dollarnotierungen der Bewertung der Mark im Ausland entsprechend folgen, muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die überhöhten Goldgrundpreise sofort auf ein angemessenes Maß herabgesetzt werden, was um so begründeter ist, wenn Gegenstände, wie das vielfach der Fall ist, nach unter den Friedenspreisen liegen oder dieselben, in Gold umgerechnet, nur verhältnismäßig wenig übersteigen. Zu hohe Goldgrundpreise schließen einen übermäßigen Gewinn in sich und haben die nötige Dämpfung der Kaufkraft des Publikums zur Folge. Das Landespolizeiamt beabsichtigt, demnächst eine Zusammenstellung der Friedenspreise bekannt zu geben. Unter Berücksichtigung der allgemeinen Weltkourierung wird daraus umgehört zu ersehen sein, in welcher angemessenen Grenzen sich Goldmarktpreise bewegen dürfen. Unter Bezugnahme auf eine frühere Veröffentlichung sei erneut darauf hingewiesen, daß die Annahme von Papiermark nicht verweigert werden darf und bei Verstößen dagegen schwere Strafen vorgesehen sind.

Amtl. Dollarkurs vom Sonnabend 2 515 700 000 000
1 Goldmark = 601 500 000 000 Papiermark.

Eine Rede Mussolinis

Einem großen Teil der deutschen bürgerlichen Presse sehr unangenehm, weil sie sich gegen die Befehle weiterer deutscher Gebiete wandte. Solche Reden hat der italienische Diktator aber auch schon früher gehalten und auch hat er die Franzosen allein weiter befehlen lassen. Entscheidend an der Rede scheint uns, was in Deutschland wenig beachtet ist, daß in der größten Streitfrage zwischen dem Entente-Mächten Mussolini sich England nicht genähert hat, sondern bei Frankreich blieb. Es ist die Frage der internationalen Schlichtung, deren Lösung auch er wie Poincaré an der vorherigen Erfüllung der Reparationspflichten abhängig macht. Dies widerspricht nicht nur dem englisch-amerikanischen Standpunkt, sondern entspricht auch dem deutschen Interesse, als dadurch immer wieder die Zustimmung zur Abklärung Deutschlands von den großen Gläubigerstaaten erprecht werden kann.

Poincaré droht mit neuen Sanktionen.

Am Sonntag hielt Poincaré abermals bei einer Denkmalsfeier in Reims eine Rede, die zwar keine neuen Gedanken enthält, aber erneut die Probleme aufwirft, von denen das französische Volk abhängt. Die Reparationskommission werde, so versicherte Poincaré, die Deutschen abwürgen. Er werde Sachverständigen ernennen, die ihre Aufgaben und die Befähigung der Deutschen von heute, morgen und später festzustellen werden. Sie werde die Zahl zu festlegen, wie sie für gerechtfertigt und da nur bestimmte Zahlungen angerechnet werden, wird er auf die Reparationsfrage zur Zahlung zu zwingen. Aber auch wie auf die Reparationsfrage lege Frankreich Wert auf seine Sicherheit. Deutschland aber habe die Tätigkeit der internationalen Kontrollkommission gesäumt, um die Reparationsfrage wieder aufzunehmen und verbundene militärische Maßnahmen zu verhindern. Gleichzeitig habe es dem Kronprinzen die Rückkehr nach Deutschland erlaubt. All das seien große Herausforderungen der deutschen Regierung an die Völker und lächerliche Verletzungen des Vertrages, unversöhnliche Feindschaft gegen den Frieden. Der Gedanke an Sanktionen lagte sich auf. Frankreich werde sie ergreifen, wenn es nicht zur Zahlung erzwungen werde. Es sei dazu entschlossen, die auf Grund des Vertrags beschriebenen Gebiete nicht zu räumen, bevor nicht alle in dem Vertrag vorgesehenen Maßnahmen ausgeführt sein werden und lange es nicht in genügend fester Weise gegen neue Angriffe sichergestellt ist.

Wilhelm II. gegen die Rückkehr des Kronprinzen.

Amsterdamer Blätter veröffentlichten eine vom vormaligen Kaiser abgegebene Erklärung, in der es heißt, die Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland sei ohne sein Bewusstsein. Der Abjurationsbrief des Kronprinzen sei eingetroffen, als er bereits die Grenze passiert hätte. Bezeichnend für das unheilvolle Verhältnis zwischen Vater und Sohn ist die folgende Äußerung des Kaisers: „Wenn der Kronprinz ihn vorher gefragt hätte, so hätte er Einwendungen gegen die Abreise nicht in einem Augenblick, wo Deutschland derart nach innen zerfallen ist, wie es jetzt ist.“ In der Erklärung wird bemerkt, daß der vormalige Kaiser mit einer

Stresemanns Programm und die Volkspartei.

Am Sonntag tagte in Berlin der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei, der von mehreren hundert Vertretern aus dem gesamten Deutschen Reich besetzt war, um Stellung zu nehmen zur Frage der Reichsregierung und der Kandidatur Stresemanns und insbesondere um eine Auseinandersetzung mit der rechtsradikalen Gruppe innerhalb der Fraktion unter Führung der Abgeordneten Quast und Warkki vorzunehmen.

Stresemann umriß in einer zweistündigen Rede die gesamten Probleme der Innen- und Außenpolitik. Daß die Aufgabe des passiven Widerstandes eine Notwendigkeit gewesen sei, bezweifle niemand. Es werde aber vorgeschrieben, die Aufgabe sei bedingungslos erfolgt und habe den vollkommenen Zusammenbruch unserer Außenpolitik dokumentiert. Demgegenüber sei zweierlei festzustellen. Machtmittel, um die Bedingungen durchzusetzen, gab es nicht und die ideale Widerstandskraft, auf der der passive Widerstand zunächst aufzubauen war, war nicht von unbegrenzter Dauer, und je schwerer die Ausgaben auf unseren Finanzen lasteten, umso mehr mußten wir uns entschließen, den Widerstand ohne Durchsetzung unserer Bedingungen aufzugeben. Zweitens mußte verneint werden, ob sich mit Frankreich zu einer Lösung kommen ließe oder nicht. Die diplomatische Entwicklung, auch wenn sie sich praktisch erst in späteren Zeiten auswirken könne, gibt doch wohl kein Recht, von einem außenpolitischen Mißerfolg zu sprechen, soweit das Kabinett überhaupt imstande sei, auf diese Entwicklung unmittelbar einzuwirken. Alle Maßnahmen politischer und diplomatischer Natur haben doch dazu beigetragen, daß in dem gleichzeitigen Zusammenwirken der beiden angelsächsischen Mächte in der Trennung Italiens von seinen Nachbarn und in dem Schwanken Belgiens eine Lage für Frankreich eingetreten ist, die dieses Land auf die Dauer nicht so wird tragen können wie bisher. Er wolle gar nicht behaupten, daß die Wirkungen dieser Politik für uns zunächst unter allen Umständen glücklich sein werden. Die Bedeutung der Entwicklung liegt für uns darin, daß sie vielleicht einen neuen europäischen Gesichtspunkt einleitet. Diese Bedeutung sollte befestigt, auch wenn die nächste Folge in weiteren Gewalttaten Frankreichs bestünde. Er könne keine Hoffnung machen, daß es in Deutschland in der nächsten Zeit besser gehen werde. Wir könnten unserer Wirtschaft nicht sofort aufhelfen und eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit nicht verhindern. Der Weg sei auf dem Papier ins Gleichgewicht gebracht, ob er sich aber werde durchführen lassen, müsse erst die Praxis ergeben. Wir stehen vor der Tatsache, daß wir kein und Ruhe nicht mehr finanzieren können, ohne daß das ganze Reich zusammenbricht. Man mache sich in der Öffentlichkeit noch nicht die richtige Vorstellung davon, daß wir unter einer unendlichen Finanzkontrolle stehen, nämlich der der Rentieren. Mit den Rentieren, die wir von dieser Stelle bekommen, müssen wir unbedingt auskommen.

Das beste Gehalt braucht für 10 bis 14 Tage etwa 100 Millionen Goldmark. Dieser Kredit würde also, wenn wir auch noch wenige Wochen weiter zahlen wollten, bald erschöpft sein, und damit wäre alles verloren. In den Vorwürfen, daß die Einführung einer wertbeständigen Währung solange gewährt habe, erklärte der Kanzler, bei den Ausgaben, die wir während dieser Zeit des passiven Widerstandes hatten, wäre wertbeständiges Geld in kurzer Zeit verbraucht worden. Damals brauchten wir noch das Papiergeld. Zur Kabinettsfrage sagte der Kanzler, das gegenwärtige Kabinett müsse sich die Mehrheit sichern, und wenn es die Mehrheit nicht finde, so werde die Frage aufgeworfen: Soll nun der Reichstag aufgelöst werden oder ist das Direktorium kommen, das sich unter Ausschaltung der Parteien auf die Wirtschaftsverhältnisse stützt? Vor diesem zweiten Wege warne er. Kame das Direktorium, so würden wir die außenpolitische Mehrbelastung, die daraus erwachse, nicht mehr tragen können. Zur Rückkehr des Kronprinzen bemerkte er unter anderem, man werde uns vorausschicklich die Forderung stellen, den Kronprinzen auszuliefern, und wir werden diese Forderung selbstverständlich ablehnen. Wir stehen in Verhandlungen über Auslandskredite, die nur dann zum Erfolg führen können, wenn Deutschland sich von innen zu reformieren vermag. Für die Mehrleistung und Mehrproduktion wird die Regierung die Voraussetzungen schaffen. Die Regelung der Arbeitszeit wird angefügt in dem Sinne erfolgen, wie sie durch den Entwurf zum Arbeitsgesetz vorgesehen war.

Nach einer Debatte, die bis zum späten Abend dauerte, wurde mit der überwältigenden Mehrheit von 212 gegen 11 Stimmen folgende Entschließung angenommen: Der Zentralvorstand spricht dem Parteiführer Stresemann volles Vertrauen aus. Er ist der Auffassung, daß schon mit Rücksicht auf die außenpolitischen Beziehungen eine Änderung in der Führung der Volkspartei vollauf ausgeschlossen ist. Solange die Möglichkeit nicht besteht, eine größere Basis für das Kabinett zustande zu bringen, steht er in der Zusammenfassung der Parteien des Kabinetts stützender Parteien unter Führung des Reichskanzlers Stresemann die einzige parlamentarische Möglichkeit für eine geordnete politische Weiterarbeit. Weiterhin nimmt der Zentralvorstand von der Erklärung des Fraktionsvorsitzenden Schulz Kenntnis, daß kein Mitglied der Fraktionsfraktion gewillt ist, die Person des Reichskanzlers irgendwelchen Forderungen anderer Parteien zum Opfer zu bringen. Er erwartet von der Reichsfraktion und den darüber hinaus von den Fraktionen in gleicher Weise ein solches Verhalten. Es ist abzuwarten, ob die rechtsstehenden Gruppen aus dieser Entschließung für Stresemann die Folgerung ziehen und wie vor

längerer Zeit der Vorherrsche der „Baterländischen Verbände“, Gesichter, aus der Volkspartei ausgeschieden, oder ob sie (was wahrscheinlicher ist), in der Partei verbleiben und binnen kurzem ihre Treibereien gegen Stresemann und seine Politik wieder aufnehmen werden.

Die Rede des Reichskanzlers zeigt in einigen Punkten geringere Rücksichtnahme auf die deutsch-nationale Demagogie als seine letzten öffentlichen Kundgebungen, kann aber trotzdem keine Grundlage für das Zusammenarbeiten der Sozialdemokratie mit Stresemann abgeben. Wir stimmen dem zu, was der Kanzler über die Notwendigkeit des Abbruchs des Ruhrkampfes sagt, den wir ja gemeinsam mit ihm bewerkstelligt haben. Aber das ist historisch geworden. Wir können es nicht anerkennen, daß er jetzt auch die Zahlung der Erwerbslosenfürsorge für das Ruhrgebiet abbrechen will. Damit schwört er eine schwere, nicht nur soziale, sondern auch nationale und internationale Gefahr herauf, anstatt den Versuch zu machen, die Ruhrindustrie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen, die ja von den Unternehmern, nicht aber von den Arbeitern verweigert wird. Daß die Ruhrindustriellen auf Druck nachgeben, haben sie in den Verhandlungen mit den Franzosen gezeigt. Wir können nicht anerkennen, daß Stresemann gezwungen war, ihnen diese Verhandlungen unter Ausschaltung der politischen Zentrale in Berlin zu gestatten, wenn er nur dieselben finanziellen Opfer von Berlin aus für die Reparation zu erzwingen bereit war. Die schweren Konsequenzen der Einreiseerlaubnis für den früheren Kronprinzen muß der Kanzler jetzt selbst feststellen. Der Herr in Oels hat doch die Geldmittel auch zur Fortsetzung eines vergnügten Lebens im Ausland. Ist er jetzt anscheinend unvermeidliche schwere Belastung des ganzen Volks um seiner Person willen wirklich wert?

Und ist es denn wirklich wahr, daß die „innere Finanzkontrolle“ durch die Rentenbank und die hinter ihr stehenden besitzenden Schichten ohne Gegenleistung getragen werden muß? Das Rentenbankgesetz zwingt doch jedenfalls nicht dazu. Auch die diesmal entgegenkommende Formel in der Arbeitszeitfrage, die sich auf das Kompromiß beim Abschluß der Großen Koalition bezieht, kann uns über all diese schweren Bedenken nicht hinweghelfen. Stresemann hat die Rechtsdrehung, die er im Laufe seiner Kanzlerschaft vollzogen hat, geteilt nicht weiter fortgesetzt, aber auch nicht so weit zurückorientiert, daß er für uns etwa wieder koalitionsfähig geworden wäre. Weber seine schweren politischen Sünden, die nach dem Wibelwort immer neue Sünden nach sich ziehen, über Bayern und Sachsen, hat er vornehmlich gar nicht gesprochen. Mit der Drohung der Reichstagsauflösung oder der Diktatur als seine Nachfolgerin wird er uns nicht dazu bringen, für ihn zu stimmen. Ob wir eine Anzahl Reichstagsmandate mehr oder weniger bekommen, ist für unsere Oppositionsstellung nicht ausschlaggebend, solange die Machtverhältnisse so stark von der Außenpolitik und von der inneren Wirtschaftsentwicklung abhängen. Und wenn ein Direktorium unsere Opposition ganz zu ersticken versuchte, so bliebe immer noch der Dollar und der Hunger in Opposition und der Wiederaufbau müßte nach dem Abwickeln der Diktaturen, das in Deutschland unter dem ankenpolitischen Druck schneller käme als anderswo, doch wieder dort anfangen, wo man uns die Weiterarbeit unmöglich machte.

Wir werden wohl gegen das Nichtaustrittsvotum der Deutschnationalen stimmen können, die an Stresemann ja gerade das halten, was uns noch am wertvollsten erscheint. Vielleicht werden dann auch die Deutschnationalen ein Austrittsvotum von links her ablehnen, weil sie seine Begründung nicht anerkennen. Auf diese Weise würde Stresemann sich möglicherweise parlamentarisch noch einmal halten können, ohne daß er die Mehr-

heit der Reichstagsabgeordneten hinter sich hat. Außerhalb des Parlaments aber wird die Macht der Reichsregierung trotzdem noch weiter zerbröckeln, wenn sie nicht die geteilt in der Volkspartei etwas fortgeschrittene Scheidung zwischen den reichsfeindlichen kapitalistischen Privatinteressen und den Trägern des Reichsgedankens ohne Scheu vor Kämpfen auch gegen rechts zu ihrer Aufgabe macht. Eine Reichsregierung, die dieses Werk in Angriff nimmt, wird auch wieder unsere Unterstützung haben. Jetzt dienen wir Deutschland in der Opposition besser.

Die Acht-Stundentags-Berordnung gilt noch!

Wahrscheinlich wird die irrtümliche Auffassung vertreten, als sei mit dem 17. November die Demobilisierungsverordnung über die Regelung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter und Angestellten abgelaufen. Die Verordnung vom 29. Oktober d. J. habe eine Verlängerung der Arbeitszeitverordnung nur bis zum 17. November vorsehen. Die Reichspressen jubelt sogar, daß eine Verlängerung dieses Termins nicht erfolgt sei und der Acht-Stundentag auf diese Weise beseitigt wäre.

In Wirklichkeit befragt die „Berordnung über die Verlängerung der Geltungsdauer zweier Demobilisierungsverordnungen“ vom 9. Oktober 1923 folgendes:

„Die Anordnung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 29. November 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 183) nach der ergänzenden Anordnung vom 17. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 186) und die Verordnung des Reichsministeriums für die wirtschaftliche Demobilisierung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 19. März 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 215) bleiben bis zum 30. November 1923 in Kraft.“

Diese Verordnung hat der Reichsarbeitsminister dem Reichstag in den Drucksachen des Reichstags Nr. 6292 und 6297 (ausgegeben am 8. November) unter dem Datum des 31. Oktober zur Kenntnis gebracht. Die Verordnung ist auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen und im Reichsgesetzblatt I Seite 1087 veröffentlicht.

Die Arbeitszeitverordnungen gelten also zunächst bis Ende November. Falls inzwischen das Arbeitszeitgesetz nicht verabschiedet wird, müßte auf eine weitere Verlängerung dieser Demobilisierungsverordnungen hingewirkt werden.

Der amerikanische Lebensmittel-Kredit bestätigt.

Ein eigener Drahtbericht meldet:

Die Vereinigten Staaten werden, wie jetzt noch zahlreich amerikanischer Seite bestätigt wird, an Deutschland Kredite in Höhe von 100 bis 150 Millionen Dollar zur Rohstoffverwertung gewähren, die für den Ankauf von Weizen und Getreide verwandt werden sollen.

Ein englischer Kohlen-Kredit für die Reichs-Eisenbahn.

Der Reichsbesuch ist es gelungen, nach schwierigen Verhandlungen in London von den führenden Banquiers der City einen Kredit von 3 Millionen Pfund Sterling für Kohlenbeschaffung zu erhalten. Diese Anleiheaufnahme englischen Kredits ist notwendig geworden, nachdem die Verhandlungen über die Beschaffung durch Ausschüsse gescheitert sind, so daß die Reichsbahn auch weiterhin auf den Bezug englischer Kohle angewiesen ist.

Der Baumwollverbraucher in und außerhalb Europas — ein Nachhab der Industrialisierung.

In der jüngst erschienenen Erhebung des Internationalen Arbeitsamtes über die Produktion sind (auf Seite 108) die Requiraten für die Baumwollzufuhr nach Europa und anderen Ländern während des Krieges und nach dem Kriege bis einschließlich 1922 mitgeteilt. Die Einfuhr der europäischen Kriegsjahren ist mächtig zurückgegangen, ganz besonders in Mittel- und Osteuropa. Für die ersten sechs Monate der Jahre 1920 bis 1922 ist die zweite Gruppe 28 (1909 bis 1913 ist gleich 100). Die Einfuhr für die Kontinente in Europa ist schon geringer: sie betrug 1920 51. Dagegen konnten die außer-europäischen Staaten wesentlich mehr als vor dem Kriege einbringen: die Indier für die Einfuhr für 1920 beträgt bei ihnen 183. (Die Vereinigten Staaten kommen hierbei kaum in Frage, da sie keine Einfuhr von Baumwolle benötigen.) In der erhöhten Baumwollzufuhr der außereuropäischen Länder kommt die wachsende Industrialisierung dieser Länder zum Ausdruck.

Der Kampf am Dover.

Roman von Victor Hugo.

29]

Die Barre nimmt ihren Platz ein.

Die Rettung der Maschine war eine Befreiung aus der Gefangenhaft mit allen Schwerekeiten, wobei das Meer als Gefangenwächter ihn belagerte. Aber eines Tages, am letzten April oder am ersten Mai, war alles fertig.

Die Maschine war zwischen den acht Toren der Krone, auf jeder Seite zwischen vier, eingeschlossen. Die sechs Decken, durch welche diese Räder liefen, waren auf der Höhe des unteren Rades durch den Riß durch den See geschwunden. Der Teil des Rades, über dem sich die Maschine befand, war zertrümmert, so daß er mit der Maschine gehoben werden konnte und ihr als Stütze diente. Diese ganze Konstruktion mußte nun noch an einer Barre, die ihr rechts nur noch mit einem Seil verbunden war, gesichert werden. Wenn alles so weit vorgeschritten war, fertig, dann ist die Barre einzusetzen.

Das Meer stand niedrig. Der Tag war hell und schön. Giliatti ging zum Kommando, sah die Barre, die er mit sich bringen wollte, und sah, daß alles an ihr in Ordnung war, besonders die vier Räder, die die Barre und die Maschine auf den beiden Docks trugen. Der Zwischenraum ließ sie durch Giliatti schieben, daß er den Hebel bis unter die Barre bringen konnte. Das Heben wurde durch die Geschwindigkeit eines Janetzers. Nach einem Viertelstunde des Schüppens, liefen die Räder, Giliatti lag zu den Füßen der Barre, die er unter dem Meer.

Giliatti gab die Barre mit dem linken Fuß zu, daß der linke Arm der Barre, der am rechten zu stehen war, entgegen kam.

Tann stellte er mit Hebel und Stütze die beiden Räder in die Höhe, in denen die abgenommenen Räder lagen. Die Barre war fest. Dann befestigte er an dem Ende der Barre die Räder des Seilapparates, das die Krone trugen.

Für das, was Giliatti erwartete, waren die Räder der Barre ebenso nicht zum Überheben. Sie hatten kein Ziel, die Be-

lastung wachte auf den Riel brühen und ihr dadurch mehr Freiheit geben. Da sich der Riel vorn, vielleicht zu weit vorn befand, mußte die Belastung leichter positioniert werden, und da er außerhalb des Drahts nach der Ausfahrseite zu stand, so konnte der Arbeiter nicht im Wege stehen. Die Barre war wie ein Fuß auf dem Meer ist nicht gefährlicher als gerade diese Form.

Wichtig bemerke Giliatti, daß das Meer flieg.

Er sah sich um, woher der Wind käme.

Blötzlich eine Gefahr.

Nur eine schwache Brise wehte, und zwar aus Westen. Eine schnelle Angewandtheit des Windes, die, er zur Tag- und Nacht gleich ist.

Die Barre in der Dockschuppe verfiel sich beim Steigen, je nach der Richtung des Windes, vorwärts. Kommt die Barre von Ost, so bringt sie sich in die Meeressenge ein; kommt sie von West, dagegen umgekehrt. Das kommt daher, weil der Ost der vom Land her kommt, wenig Kraft hat, der West aber, der über den Atlantischen Ozean weht, das ganze Wehen der Unablässigkeit mit sich bringt. Selbst eine leiser Wind brühe aus Westen ist heftig genug. Sie stellt die großen Wellen aus unbegrenzter Ferne herbei und treibt sie auf einmal in den engen Schlund.

Gillette der West regiert, haben die Docks zweimal täglich einen Angriff auszuhalten. Das Meer hat sich die Barre nicht. Der Westen überwindet. Der West hat einen Haufen von Wasser, die mit Gewalt eingeschleudert werden springt und brüllt nach die hohe See kühlt, wobei die beiden inneren Seiten der Barre, so daß die Docks bei dem geringsten Wehen das höchste Schauspiel bieten: stürzen an dem Meer Rufe, tunen die Räder. Die gefährliche Aufgabe nach Westen bestand für Giliatti den beiden Docks.

Im dieser Bedrängung lag Giliatti mit der geschäftigten Docks und seiner Barre.

Ein Haufen Wasser, ein paar geringe aber ausdauernde Stöße des Westwindes war vorhanden. Binnen wenigen Minuten wurde das Wasser der wachsenden Barre einen furchtbaren Kampf in der Dockschuppe begabtes. Die ersten Wellen brannten ihm. Dieses Schauspiel, die Entzweiung der ganzen Atlantischen Ozean hatte die Gefährlichkeit des

Die „Rentenbank“ als Neben-Regierung.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ (Sprecher)

Der Verwaltungsrat der Rentenbank besteht wesentlich aus Vertretern des Landbunds und Reichsverbandes der deutschen Industrie, der unter Leitung des Geheimrats Bücher nachheraus ausübte immer mehr zu einem Werkzeug der Stimmpolitik worden ist. Nun sind die Befugnisse der Rentenbank das Gesetz genau umschrieben. Die Herrschaften im Verwaltungsrat halten sich aber nicht daran, sondern suchen, sich als eine Art Aufsichtsinanz über die Regierung zu etablieren. Bei dem kürzlich erfolgten Empfang durch den Reichskanzler legten sie ihr politisches und soziales Schatzmacherprogramm als Forderung vor. Sie sagten dem Reichskanzler, wie die auswärtsige Politik (!) zu gestalten habe was für Steuerpolitik sie wünschten; vor allem aber verlangten sie natürlich die „Vereinbarung des Tarifiertrages“ und die vollständige Umstellung der Erwerbslosenfürsorge. In anderen Worten also die Veseitigung des Acht-Stundentages und die Demolierung der sozialen Gesetzgebung. Das alles forderten sie nicht etwa als Vertreter der berechtigten Profitinteressen, sondern als Vorstand des Verwaltungsrats der Deutschen Rentenbank, einer Reich geschaffenen Institution!

Und der Herr Reichskanzler? Hat er seinerzeit die Wahrung der Staatsautorität an die Stelle seines Programms gestellt hat, den Herren wissen lassen, daß die Politik Sache der Regierung und nicht der Reichstages, nicht aber die Befugnisse der Rentenbank und ihres ganz einseitig zusammengesetzten Verwaltungsrats sei? Keine Spur! Herr Stresemann klärte vielmehr seine Zustimmung! Mit keinem Worte deutete er an, daß dieses ganze Auftreten ein freies Uebergriff, eine Mißachtung der Verfassung, ist.

Wenn Herr Stresemann vor den anmaßenden Herren so aufmerksamt, so ist natürlich von Herrn Dr. Luther noch weniger zu erwarten. Rentenbankherren scheinen sich einzubilden, daß sie jetzt als Kontrollinstanz über Regierung und Reich in allen Finanzfragen aufspielen können. Sie haben Herrn Dr. Luther, der bisher nicht den Mund aufgemacht hat, um Öffentlichkeit und Reichstag über den Stand der Finanzen zu informieren, hat gehoramt den Herren die das garnichts angeht, einen solchen Ausschluß vorgeworfen. Die Herren haben nämlich damit gedroht, daß sie die Gewährung und das Ausmaß der Kredite an Reich abhängig machen werden. Statt die Leute dazu zu verweisen, daß diese Kreditgewährung gesetzlich festgelegt ist und sie nicht das geringste Recht haben sich als Nebenregierung aufzutun, hat Herr Luther die Wünsche, man sollte es nicht glauben, ohne weitere entprochen.

Die Anmaßung der Leute von der Rentenbank insbesondere deshalb unerhört, als weder sie noch ihre Reise, die sie angeblich vertreten, dem Reiche auch das geringste materielle Opfer bringen. Denn in Wirklichkeit ist es bekanntlich so, daß die hypothetische Belastung, die das Reich kraft seiner Steuerhoheit Industrie und Landwirtschaft auferlegt hat, kaum je wirklichen materiellen Leistungen führen wird. Im Ansehen nach wird die Rentenbank durch die Zinsen, die vom Reich und von der Reichsbank erhalten wird, sehr gutes Geschäft werden. Am wenigsten aber bringt Vorstand und Verwaltungsrat, die für das ganze Reich ein Geschäft, das der Rentenbank obliegt, ohnedies einen sehr kostspieligen Apparat darstellen, nicht nur für die Opfer, sondern erhalten Bezüge, über deren Höhe Öffentlichkeit etwas zu erfahren viel mehr Interesse hat als für die unbeachtlichen politischen Ansichten der Gesellschaft.

Meeres hinter sich. Kein Windstoß, kein Jörn, sondern eine fache, alles beherrschende Welle, mit einer Schnellkraft in die Weite verfliegt, um an Europa zu brechen, und einen Schwall von tausendwellen Weiten schüttet. Diese Welle, die Kielensand des Ozeans, mühte auf die Öffnung in der Klippe stößen, die den beiden Docks brachen, durch die Flut und das Hindernisse aufschwollen und mit der ganzen Gewalt des bewegten Meeres und der wüsten Mut der gestellten Welle zwischen beiden Mauern eindringen, dort die Durande und die Gefährlichkeit und beide zerstören.

Gegen diese Möglichkeit bedurfte es eines Schutzes. Giliatti sah ihn.

Er mußte die Flut verhindern, mit ihrer ganzen Gewalt einbringen, ihr den Durchgang verlegen, ihr widerstehen nachgeben, dem Druck der Welle zuweichen, an Stelle des Rückens ein gewöhnliches Einbringen legen.

Giliatti, stärker als Starks, löste mit Geschwindigkeit Grilling, welches, während an die Höhe des kleinen Gesehnt, den Vorderteil der Durande hielt, machte aus Tann eine Art von Felsen, die diese Wand an den großen, in einem eingelassenen Riegel befestigen sollten, ließ darauf Armas, die einem Schloßentor ähnlich war, spielen und ihre Seite dem Wasser dar, das eines ihrer Enden vorwärts an den großen Docks trieb, während das andere Ende durch zwei Riegel an kleinen Docks festlag. An dem großen Docks befestigte er sie mit Hilfe der eingeschlagenen Riegel und trug darüber noch eine Kette, die auf dieser Barre wie ein Docksgebänge auf einem Panzer lag, und in weniger als einem Stande wendete sich dieser Versuch gegen die Flut und war die Flut in die Meerenge wie eine Tür. Das Meer war fertig, ehe die Flut Zeit hatte, es zu bemerken.

Giliatti dachte sofort an die Barre. Er wollte gehen, aber die Barre war ab, so daß sie mit der Flut steigen konnte was die Barre „mit Knoten an dem“ nennen. Er wurde nicht überhört. Er hatte an alles gedacht.

Während er die Flut bis zur letzten Höhe gestiegen, Giliatti erwartete hatte, ging in Erfüllung. Die Flut sollte gegen das Tor, machte sich an ihm auf und ging dann weiter. Draußen war es die hohe See, brühen ein Einbringen Giliatti hatte eine Art von furchtbaren Engpässen für das Erfolgen und es bedurfte heilige.

(Fortsetzung folgt)

Zum „Vollswacht“-Verbot

Das heute abgelaufen ist, können wir nur mit der Reserve Stellung nehmen, die uns der militärische Ausnahmezustand auferlegt. Als unser Blatt der Partei nach dem Mißbrauch der Großen Koalition in der bayrischen und sächsischen Frage den Uebergang zur Opposition empfahl, waren wir uns völlig klar darüber, daß damit eine neue Periode des Drucks auch gegen unsere eigenen Organe und Einrichtungen beginnen würde. Inzwischen sind in Schichten der Reihe nach unsere Parteiblätter auch im Meißner, Goldberg-Hannau, Löwenberg, Görlitz und Delsberg Militärbefehlshaber verboten worden und zum Teil noch verboten. Ueberall hat zu diesem Zweck die Seckelverwaltung zur Verhinderung von herabziehender Kritik an der Reichswehr die allgemeinen Verordnungen des Reichspräsidenten über Presseverbote ergänzen müssen. Demgegenüber können wir feststellen, daß die Sachlichkeit unserer Stellungnahme zur Reichswehr noch in derselben Nummer, die das Verbot veranlaßte, dadurch belegt war, daß wir einer anderen Seckelverordnung (gegen Schlemmerlokale usw.) freudig zustimmten und in einer weiteren Notiz die Reichswehr in Thüringen gegen (rechtsradikale) Kritik verteidigten. Wir werden uns auch durch das Verbot unseres Blattes seitens des Militärbefehlshabers aus dieser Sachlichkeit nicht herauslocken lassen.

Uebrigens mag der General aus der Berliner und der ausländischen Presse einmal die Tatsache feststellen, daß der von uns kritisierte Paradesmarsch erst jetzt durch das Verbot der „Vollswacht“ auch auswärts Wirkung gefunden hat und daß eine breitere Öffentlichkeit nicht durch unser, sondern durch sein Vorgehen den Eindruck gewann, daß gerade unsere Friedensmeinung in dem Artikel, der das Verbot heraufschrie, getroffen werden sollte. Wir sind überzeugt, daß dieser Eindruck auch dem Militärbefehlshaber nicht erwidert ist. Aber er wird sich verstärken, wenn Verbote mit solcher Begründung sich wiederholen.

Zwei Tatsachen haben dem „Vollswacht“-Verbot diesmal noch einen besonderen Beigeschmack gegeben. Die Begründung des Verbots erschien vor dem amtlichen Beauftragten ausgerechnet in der „Schlesischen Zeitung“ in Form eines redaktionellen Artikels. Mit der „Schlesischen Zeitung“ wollen wir darüber nicht rechten, daß sie sich in journalistisch-kollektiver Weise zu diesem erfolgreichen Angriff gegen die Pressefreiheit hergegeben hat, während bisher eine gewisse Uebereinstimmung darüber in anständigen Journalistenkreisen, nicht Wagners, herrschte, daß nur direkte oder indirekte Aufforderung zur Gewalt solche Eingriffe rechtfertige. Aber dem General müssen wir auch da wiederum sagen, daß er in ein eigenartiges Licht in der Öffentlichkeit kommt, wenn seine Mitarbeiter offenbar gerade nur das verfassungsfreundliche Organ der Großagrarien in diesem Falle informieren. Oder hat sich kein anderes Breslauer Blatt für den Mitteldienst hergegeben? Auch das wäre beachtenswert.

Die zweite Tatsache ist die Freigabe der kommunikativen Presse in Schlesiens vor den Massenverboten der sozialdemokratischen Blätter. Wir wollen diese Freigabe nicht gewiß nicht beanstanden, aber sie beschränkt doch die Verbote gerade der gemäßigteren Arbeiterpresse sehr eigenartig. Auch die Arbeiter können daraus lernen. Wir ziehen unsererseits nur den einen Schluß daraus, unsere sachliche Stellungnahme in Zukunft erst recht festzuhalten, aber das Vertrauen fahren zu lassen, daß man diese sachliche Stellungnahme auch ohne verbale Gefühls- zu hören vermag. Unsere Leser werden also in Zukunft manchmal zwischen den Zeilen lesen müssen. Die „Vollswacht“ wird ihnen deswegen wohl nur interessanter werden.

Aufhebung eines militärischen Verbotes.

Der Militärbefehlshaber in Thüringen teilt mit: Das Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen in geschlossenen Räumen ist aufgehoben. Das Verbot aller öffentlichen Versammlungen, Zusammenkünfte, Umzüge unter freiem Himmel usw. bleibt bestehen. Vaterländische Feiern unter freiem Himmel sind bei den zuständigen Gemeindebehörden zu beantragen und unterliegen der Genehmigung des Militärbefehlshabers.

Das Pressamt Thüringen teilt mit: Auf Anordnung des Generals v. Seckel ist die vollziehende Gewalt für den Bereich des Landes Thüringen von dem Reichspräsidenten des Reiches v. General Reinhardt in Stuttgart auf den Reichspräsidenten der Provinz in Thüringen General v. Seckel übertragen. General v. Seckel ist mit dem Breslauer Militärbefehlshaber zu verwechseln.

Die Reichswehr „regiert“ noch immer in die sächsische Politik hinein.

Breslau, 17. November. (Eig. Drahtber.) Die Frage des Uebergangs der Provinz Sachsen zum Reichspräsidenten Reichswehrminister beginnt sich zu regen. Inwiefern aber will man die Verantwortlichkeit der Ruhe und Ordnung „übernehmen“? Das Regimentskommando N gibt bekannt, daß General v. Seckel den Generalleutnant v. Müller beauftragt habe, zunächst die Bildung einer überparteilichen Hilfspolizei unter ausschließlichen Führern im Benehmen mit den zuständigen Stellen in die Wege zu leiten. Diese Hilfspolizei soll bis zur Auflösung der rund 1500 Helfertoten innerhalb der Staatspolizei bestehen bleiben. Die neue Maßnahme hat in Regierungskreisen überaus großen Erfolg erzielt. Die Weisung des Generals v. Seckel, nach der die sächsische Staatspolizei auf „überparteiliche Grundlagen“ zu stellen. Nach der Amtsenthebung des Polizeibergriff Schöninger und des Regierungsrates Hauße soll nun anstehend die Generalrekrutierung beginnen. Das beweist auch der letzte militärische Eingriff des Militärbefehlshabers in die sächsische Verwaltung, der die bevorstehende Ernennung des Oberregierungsrates Wader zum Präsidenten der Staatspolizeiverwaltung durch die Ernennung von Generalleutnant v. Müller zum Reichspräsidenten der Provinz Sachsen in der Provinz Sachsen unterliegen. Der Auftrag zur Bildung der Hilfspolizei betont, daß bis zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Sachsen eine

Hilfspolizei zur Unterstüßung der bestehenden Polizei im Freihaute Sachsen aufgestellt wird. Diese eigentümliche Argumentation muß um so mehr verblüffen, als bisher alle Maßnahmen der Militärs hervorgegangen mit der Wiederherstellung der Ordnung in Sachsen, aber nicht im Reich begründet wurden. Die sächsische Regierung wird sich mit diesen Dingen vorzugsweise am Montag in einer Sitzung des Reichspräsidenten beschäftigen. Es ist bezeichnend, daß man es nicht einmal für nötig hielt, sich vor Befähigung dieser neuen einschneidenden Maßnahme mit der sächsischen Regierung in Verbindung zu setzen.

Schwere Vorwürfe gegen Zeigner.

Bürgerliche Blätter melden, nach den Leipziger Neuesten Nachrichten, daß die Staatsanwaltschaft in Leipzig gegen den früheren sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner ein Verfahren wegen Bestechlichkeit im Sinne des § 332 des Strafgesetzbuches eingeleitet habe. Seine Stellung als Justizminister soll Zeigner heimlich dazu mißbraucht haben, Reuten, die rechtskräftig zu Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, unter dem Deckmantel der Begnadigung diese Strafen zu erlassen und zwar gegen bar und viele Geschenke. Zeigner habe die Geschenke zum Teil in seiner Wohnung, zum Teil im Kaffeehaus, ja auf der Straße in Leipzig, entgegengenommen. Insbesondere habe er seine amtlichen Stellen zur Erzielung dieser Geschenke benützt. Wie dazu ergänzend aus Dresden gemeldet wird, haben sowohl der Justizminister, Genosse Ren, wie die Sozialdemokratische Partei es abgelehnt, in ein Verfahren gegen Zeigner einzugreifen. (Die gerichtliche Klärung dieses überaus schweren Vorwurfs bleibt abzuwarten. Die Zurückhaltung unserer Partei, die sofortige Niederlegung des Mandats veranlaßt, wird auch der Gegner als vorbildlich anerkannt werden. Die Deutschenationalen lassen den berechtigten Steuerzahler von der Kerkhoff im Gegenfall dazu noch heute politisch „führen“, Red.)

Riesenzusammenballung in der Textilindustrie.

Die Verkaufsgemeinschaft deutscher Delmühlen und die Alltagsgesellschaft für heimische Produkte, vormals H. Scheidemann, sowie die Sunlight-Gesellschaft A.G., haben sich zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen, und die Vereinigten Deutschen Textwerke A.G. mit dem Sitz in Berlin errichtet. Die beiden erstgenannten Firmen belangen je 40 Prozent des Kapitals und die Sunlight-Gesellschaft 20 Prozent des Kapitals ein. Zu der neuen Interessengemeinschaft gehören die bedeutendsten Delm- und Textwerke. Die Vergrößerung der Interessengemeinschaft ist durch den Erwerb weiterer Betriebe vorgesehen. Unter den Vereinigten Deutschen Textwerken A.G. haben die genannten Firmen in Berlin eine Seifenfabrik unter dem Namen Alltagsgesellschaft für Seifenindustrie errichtet, die wieder mit der Sunlight-Gesellschaft zusammenhängt. Die neue Zusammenballung ist geradezu ein Hohn auf das Kartellgesetz.

Dr. Wirths Krankheit.

Wie das „Berliner Tageblatt“ erzählt, hat sich das Befinden des früheren Reichsministers Dr. Wirth gestern Abend nicht erheblich geändert. Die leichte Besserung hält an. Der Zustand ist aber noch nicht sehr kritisch.

Die Heiratslust in Deutschland.

Ist immer noch erstaunlich hoch: im ersten Vierteljahr 1923 haben nach der amtlichen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, auf je 1000 Einwohner und ein ganzes Jahr berechnet, 8,9 gegen 6,2 Eheschließungen im gleichen Zeitraum 1913 stattgefunden. 1921 und 1922 waren die Ziffern allerdings noch höher: 10,4 und 8,4.

Im Abnehmen ist dagegen die Geburtenziffer: im gleichen Zeitraum des Jahres 1923 kamen auf 1000 Einwohner und der Jahresdurchschnitt 23,8 gegen 23,8 Geburten im Jahre 1913 und 27,7 bzw. 25,8 in den Jahren 1921 und 1922. Die Sterbeziffer ist gleichfalls höher als 1913. Sie betrug im ersten Vierteljahr 17,8 Todesfälle auf 1000 Einwohner und dem Jahresdurchschnitt gegen 16,8 im Jahre 1913 und 15,6 bzw. 18,5 in den Jahren 1921/22. Geburten und Sterbeziffer dürften sich für die noch nicht errechneten späteren Viertel des laufenden Jahres aber noch erheblich ungünstiger stellen.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Ausnahmegesetz gegen die Behördenangestellten.

Das Angestellendekret heißt man uns: Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ist die inzwischen im Reichsgesetzblatt erschienene Personal-Abbau-Verordnung erlassen. Es liegt uns durchaus fern, die Notwendigkeit eines Personalabbaus zu verneinen oder einen Berufsstand gegen den anderen auszuspielen zu wollen. Dennoch muß gesagt werden, daß sich die Personal-Abbau-Verordnung mit einschneidender Schärfe gegen die Angestellten wendet. Während diese Verordnung in Bezug auf die Beamten nur Kann-Bestimmungen enthält, beginnt der Artikel 15, der sich mit der Entlassung der Angestellten beschäftigt, mit dem kurzen und bestimmten Satz: „Angestellte sind zu entlassen.“ Die Kündigungsfrist wird allgemein auf vier Wochen festgelegt, was eine ganz erhebliche Verletzung der Anstellungsbedingungen bedeutet. Bei längerer Tätigkeit werden Kündigungsfristen gemindert. Weibliche Angestellte erhalten zudem diese Kündigungsfristen nur unter ganz bestimmten Bedingungen.

Der Angestelltenrat hat sich angefaßt dieser brutalen Ausnahmerechtsverordnung eine gemessene Erregung bemächtigt. Mit dieser Verordnung ist der Militär der maßgebenden Stellen Tür und Tor geöffnet. Die Angestellten haben seit völlig schicklos der, zumal das Betriebsratsgesetz schon seit Jahren bei allen Behörden mehr oder weniger sabotiert wird. Angestellte, die dem Staate zwanzig und mehr Jahre gedient haben, werden einfach entlassen, ohne daß man hier von „wohlerworbenen Rechten“ spricht. Sind die Dienste, die ein Angestellter dem Staate geleistet hat, nicht mindestens ebenso wertvoll und produktiv gewesen? Ueberhaupt kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß bei der ganzen Personal-Abbau-Verordnung politische Gesichtspunkte — wenn auch unter der Oberfläche — wirksam mitgespielt haben. Hat doch schon wenige Tage nach dem Erlass der Verordnung ein höherer Beamter in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ganz unüberhörbar die Ansicht vertreten, daß die Abbaurechtsverordnung die Handhabe für eine Ausweitung der demokratischen und republikanischen Elemente aus der Verwaltung bietet. Etwas anderes war ja auch gar nicht zu erwarten. Im Gegensatz zu großen Teilen der Beamtenschaft ist nun über die gesamte Behördenangestelltenchaft ganz überwiegend republikanisch gesinnt, und zwar beschränkt sich diese Gesinnung nicht auf ein bloßes Dippelkenntnis. Auch waren gerade die Angestellten, die meist aus praktischen Berufen zu den Behörden kamen, die Träger eines großzügigeren und beweglicheren Geistes. Sie haben sich gerade aus diesen Gründen das Uebelwollen der in ihrer Mehrzahl reaktionären und bürokratischen Oberbeamten zuzugewogen. Es besteht doch nun einmal die bedauerliche Tatsache, daß bei den Behörden noch im höchsten Maße der Deutsche Republik mehr hat dazu gehört, für die Republik einzutreten, als die neue Staatsform zu beschimpfen und verächtlich zu machen.

Die Behörden-Abbau-Verordnung bietet nun das willkommenste Werkzeug, dem Staat innerhalb der Behörden seine besten Kräfte zu rauben. Und daß man davon reichlich Gebrauch machen wird, daß bald der letzte Republikaner aus der Verwaltung verschwinden wird, dafür werden die reaktionären Vorgesetzten schon sorgen.

Mitglieder des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes!

Mitglieder der Schaller'schen Kammgarnspinnerei erleben in der vergangenen Woche große Enttäuschungen, als sie von der Firma als direkte Arbeitslose bezeichnet wurden, obwohl sie noch einen Tag in der Woche arbeiten und dadurch nur als Kurzarbeiter für die Gewerkschaftszentrale in Frage kommen. Die Mitglieder wurden dauernd hin- und hergezogen, bald zum Sonntagslohn, bald zur Straßstraße nach der Kurzarbeiterabteilung und keine Abteilung konnte die armen Menschen aufnehmen. Erst nach Eingreifen des Deutschen Textilarbeiterverbandes wurde klargestellt, daß diese Art Beschäftigten nur als Kurzarbeiter anzumelden sind und zwar durch die Firma listenmäßig. Es merkte sich daher jedes Mitglied, daß bei Kurzarbeit der Arbeitgeber verpflichtet ist, die verkürzt Arbeitenden jede Woche durch die vorgeschriebene Form der Kurzarbeiterliste betheiligen und einzureichen und auch nach zünftigen Tagen die berechneten Listen wieder abzuholen, damit die Arbeiter jede Woche durch den Arbeitgeber die Kurzarbeiterunterstützung ausgezahlt erhalten.

Unsere Mitglieder sollten sich in allen Fällen Auskunftsbescheinigung holen. Mancher unnötige Weg wird ihnen dann erspart bleiben. Durch die Einschränkung des Personals ist das Betriebsbüro an folgenden Stunden geöffnet: Montag von 4-6 Uhr, Dienstag von 4-6 Uhr, Mittwoch von 10-12 und 4-6 Uhr, Donnerstag von 4-6 Uhr, Freitag von 10-12 und 4-6 Uhr, Sonnabends von 10-12 Uhr. Wir bitten, die Zeit innezuhalten, damit niemand Wege umsonst macht. Außerdem verweisen wir auf die Funktionsversammlung am Mittwoch (Dinstag), vormittags 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 11. Auch besonders interessierte Mitglieder haben Zutritt. Vorlegung des Mitgliedsbuches ist aber Bedingung, ohne dieses kein Zutritt. Wichtiges Erscheinen aller Interessierter wird erwartet. Deutscher Textilarbeiterverband, Bezirksstelle Bestau.

Unhaltbare Zustände in der Bäckerei des Breslauer Consum-Vereins.

Uns wird geschrieben: Seit zehn vier Monaten wird in der Bäckerei des Breslauer Consum-Vereins verflucht gearbeitet. Zunächst wurde die Arbeitszeit auf 32 Stunden und in letzter Zeit auf 24 Stunden pro Woche herabgesetzt. Die Direktion begründete diese Arbeitsreduzierung mit Mangel an Mehl, was am Sonntagabend wurde nun mit der gleichen Begründung von der 66 Mann starken Belegschaft auf Mann entlassen. Es muß nun einmal öffentlich die Frage aufgeworfen werden, liegt in diesem Betriebe die Notwendigkeit vor, Leute zu entlassen oder ist die Arbeitszeit zu verkürzen? Diese Frage muß entschieden mit Nein beantwortet werden. Zunächst ist festgestellt, daß in einer ganzen Anzahl von Verkaufsstellen des Breslauer Consum-Vereins an verschiedenen Tagen kein Brot zu kaufen war, und die Mitglieder unverweilt wieder nach Hause gehen mußten. Ferner ist die Tatsache zu verzeichnen, daß in der Bäckerei des Breslauer Consum-Vereins laufende Berliner Mehl lagern, und auf der anderen Seite in einer ganzen Anzahl Breslauer Bäckereien bereits Mangel an Mehl eingetreten ist. Es wäre hier dringend notwendig, daß vom Polizeipräsidium (Abteilung Backereipolizei) eine strenge Kontrolle vorgenommen würde, um festzustellen, ob alles in Ordnung ist. Die Breslauer Bevölkerung hat ein sehr großes Interesse daran, daß in der Brotversorgung keine Störungen und Schwierigkeiten eintreten, und das wichtigste Nahrungsmittel nicht als Spekulationsobjekt verwandelt wird. Eine strenge Kontrolle ist notwendig.

Die Löhne im Bergbau. Im Bergbau wurden für die Lohnwoche vom 12. bis 19. November die durchschnittlichen Tariflöhne durch ein im Reichsarbeitsministerium zusammengestelltes Schiedsgericht festgelegt. Sie betragen in Goldmark für den Ruhrbergbau 4,20 Mark je Schicht, für den ober-schlesischen Steinkohlenbergbau 3 Mark je Schicht, für den nieder-schlesischen Steinkohlenbergbau 2,50 Mark je Schicht, für den sächsischen Steinkohlenbergbau 2,70 Mark je Schicht und für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau 2,50 Mark je Schicht.



Denk an das Parteimotivier!

Arbeiter-Sport

Fußball am Sonntag.

Wader I - Riders I 2:2.

Wader und Riders trafen sich am Sonntag zur Ausstufung des letzten Verbandsspiels in dieser Serie. Ueber das Spiel selbst ist in Kürze folgendes zu berichten. Riders hat Antich, der Ball wird abgenommen und landet im Aus. Riders ist überlegen, schießt einige Ecken, welche resultatlos verlaufen. Nach 20 Minuten gelingt es dem Rechtshänder, den ersten Erfolg zu buchen. Wader scheint seinen Meister gefunden zu haben, denn es währt nicht lange, ist Nr. 2 im Kasten. Bei diesem Resultat und einem Stenverhältnis von 5:3 geht es in Halbzeit. Während Wader vor Halbzeit sehr aufgeregter und unter heftiger jüngerer Form spielte, besinnen sie sich nachher und können dem Gegner ein überlegenes Spiel vorführen. Es gelingt ihnen durch Hartnäckigkeit und Ausdauer den Ausgleich herzustellen. Für den leichteren guten Torhüter von Riders unheilbare Fälle. Das Stenverhältnis verändert sich zu Gunsten Waders auf 7:5. Mit diesem Spiel hat sich Wader die Spitze in der A-Klasse gesichert.

Wader II - Stern II 2:1.

In Gräbchen gelang es Wader II Stern II eine 2:1 Niederlage zu bereiten. Ein schönes, festes Spiel, wobei Stern vor und Wader nach Halbzeit die Wechsellager waren.

Handballserie des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Kreis 14.

Freie Turnerschaft Breslau, 6. Abteilung - Gaudan 0:3. Das Spiel ereignet am Anfang wenig interessant. Die Breslauer sind den Gaudanern nicht gewachsen. Letztere liefern ein faires, technisch gutes Spiel, während die Breslauer zu sehr auf dem Haufen spielen und die Gaudaner Stürmer ungedeckt lassen, wodurch das ganze Spiel in seinem Gesamteindruck leidet.

Freie Turnerschaft Breslau, 1. Abteilung, Jugend - Gaudan, Jugend 3:0. Es liegt sofort ein offenes, festes Spiel vor, wobei die Breslauer meist im Vorteil sind. Letztere zeichnen sich durch ihre Schnelligkeit und gute Fangtechnik aus und sind als gute Jugendmannschaften anzusehen, auch die Gaudaner geben ihr Bestes her, doch sind sie den Breslauer Körperlich nicht gewachsen. Den Schiedsrichter führte der Schiedsrichterverein.

Weitere Resultate: Mochern I - Freie Turnerschaft Breslau, 5. Abteilung 3:0. Mochern I - Mochern II 4:1.

Fußballbezirk.

Sonntag, den 25. November, vormittags 9 Uhr: Außerordentlicher Bezirksstag. Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. Berichte, 3. Bezirksangelegenheiten, 4. Nachwahlen, 5. Verschiedenes. Die Tagesordnung ist speziell für die außerhalb Breslaus wohnenden Vereine von großer Wichtigkeit. Auf je 25 dem Bezirk gemeldete Mitglieder 1 Delegierter.

Die Delegierten müssen mit Mandatsbefreiung versehen sein, ohne diese keine Stimmberechtigung. Der Bezirksstag findet im Gewerkschaftshaus statt. Zimmer wird noch bekanntgegeben. Anträge sind bis 24. November an Unterzeichneter einzuenden.

Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Goldmarkberichtigung der Bundesbeiträge muß schon für den Monat November erfolgen, um die Organisation zu erhalten. Der Bundesbeitrag einschließlich Kreis- und Bezirksbeitrag beträgt pro Mitglied für den November 5 Goldpfennige. Kurzarbeiter usw. die Hälfte, Kinder zahlen 10 Millionen Mark. Bis zum 20. November abgegebene Beiträge werden nach dem Kurs vom 15. November berechnet, für spätere Einzahlungen gilt der jeweilige Goldkurs am Einzahlungstage. Von den Bundesvereinen wird im eigenen Interesse eine baldige Abfertigung der Beiträge erwartet.

Werbt für Eure Presse!

Unter dem Druck der jüngerer wirtschaftlichen Nöte dieser Zeit haben vor allem unsere Sportblätter am meisten zu leiden, da die Bezugspreise, die sie dem Verlag zur Verfügung stellen, bei dem augenblicklichen Dollarkurs fast ganz entwertet sind. Darum Sportsportler, sorgt für baldige Abfertigung des Geldes, sowie für Neugewinnung von Lesern.

Diejenigen Arbeiterportler, die Interesse an der Ausbreitung der Arbeiterpresse, der „Volkswacht“ und damit an der Erhaltung unserer Sportblätter sowie deren Verbreitung in weitere Kreise haben, können sich, wie schon an anderer Stelle bekannt gemacht, von Sonntag, den 18. November, bis zum Sonntag, den 25. November, täglich an der „Volkswacht“-Agitation beteiligen.

Gibt Eure Anzeigen der Volkswacht.

Eingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Aufschriften aus den Briefkästen, für die wir die freigelegte Verantwortung übernehmen. Die Redaktion.

Wenn der Kinderreife erwerbslos wird.

Ein erwerbsloser Familienvater von sechs Kindern im Alter von 15 Jahren bis 8 Monaten. Habe für vergangene Woche 1600 Millionen Umrüstung und 100 Millionen Umrüstung verdient der 15jährigen Tochter erhalten. Nun will ich diese 1600 Millionen meiner Familie anführen, wenn diese ganz und gar dem Hungerdasein preisgegeben sein soll. Zu der zur Umrüstung für die Woche: 30 Pfund Butter, 10 Pfund Fleisch, 10 Pfund Karloffeln 160 Mill., 1 1/2 Pfund Marmelade 37,5 Mill., 2 1/2 Pfund Nudeln 40 Mill., 1 Pfund Grieß 36 Mill., 1 1/2 Pfund Graupen 36 Mill., 1 Pfund Nudeln 40 Mill., 4 Pfund Mehl 44 1/2 Mill., 20 Pfund Kaffee 69 Mill., macht insgesamt 1975,5 Mill., wobei noch keine Miete, Bekleidung, Gas, sonstige kleine Ausgaben angerechnet sind. Nach der Umrüstung bemessen, müßte ich 245 Millionen zum Einkauf der oben genannten Lebensmittel stellen und dieses ist nicht erlaubt.

Briefkasten.

Allen Anfragen muß eine Bezugskennung beifügen. Bezugsquittungen erhalten unsere Leser auf Verlangen von den Volkswacht-Verlegern; die Postbesitzer haben die Postkennung beizubehalten. Spricht man die Redaktion wochentags von 12-1 Uhr mittags, C. A., Westergasse. Die tägliche Bekleidung Ihrer Tochter ist der Anzeige hat somit keinen Zweck.

Bereinskalender.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Vertrauensmänner der Tischlerbetriebe. Mittwoch, den 21. November, vormittags 10 Uhr, Gewerkschaftshaus: Versammlung.
Holzarbeiterbund. Donnerstag, den 22. November, Zimmer 3, Gewerkschaftshaus: Versammlung.
Aktion, Steinarbeiter: Mittwoch, den 21. November, nachmittags 3 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 9, eine wichtige Versammlung statt. Als Referent ist ein Kollege vom Zentralrat anwesend. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.
F. A.: Der Vorstand, Fritz Rother, 1. Vorf., Paulstraße 3.

Familien-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Am 15. November, vormittags 9 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandsmitglied, der Westergasse, **Max Zok**, im Alter von 41 Jahren.
Ein cherches Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Vereinskassette Breslau.
Best. Org. Best. Org. nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Nikolai-Kirchhofes in Görlitz.

Gegen die Schülerin Maria Herda geb. Vogt in Stettin, Pommernstr. 2, ist durch rechtliche Schritte der Verstoß des niedrigen Altersvertrages vom 29. September 1923.
wegen Betrugsbetriebs
eine Geldstrafe von 15 Millionen Mark, ferner eine Geldstrafe von 5 Tagen, festgesetzt worden.
Breslau, den 27. Oktober 1923.
29. C. 455 23 Amtsgericht Breslau.

Breslauer Volkstheater E. V.

Geschäftsstelle: Volkshilfsamt, Albrechtstraße 32.
Aufnahme neuer Mitglieder für neue Abteilungen der **Opern-Gemeinde** (alle 4 Wochen eine Opern-Vorstellung) und für die **Große Theater-Gemeinde** (8 Schauspiel- und 2 Opern-Vorstellungen).
Eintrittspreise 60 bzw. 50, ermäßigt. Eintrittspreis 20 Goldpfennige.

Sonderveranstaltungen der nächsten Wochen:

Sonntag, den 16. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Lobe-Theater: Lichtbildvortrag „Von alten Volksspielen zum modernen Volkstheater“.
Montag, den 14. Januar, 7 1/2 Uhr, im Stadttheater: Vortrag von Erdmann Trojahn „Wie entsteht eine Opern-Aufführung?“ mit praktischen Beispielen (Orchester, Gesang, Bühnenbau usw.)
Sonntag, den 27. Januar, vormittags 11 Uhr, im Lobe-Theater: Vortrag von Geh. Rat Professor Dr. K. H. von Lützow zur Einführung in Shakespeares „König Lear“.

Stadttheater.

Montag 7 Uhr: Carmen.
Dienstag 7 1/2 Uhr: Così fan tutte.

Lobetheater.

Sitzbank: Paul Bay.
Tel.: R. 674 und 2 709.
Montag, Dienstag 7 1/2 Uhr: Ein Teufelsfest.

Ullrich-Theater.

Str. 6700 7 1/2 Uhr: Mein Vater Edward.

Schauspielhaus.

Operntheater. Tel. Ring 256.
Heute und morgen 7 1/2 Uhr: Schauspiel Edith Karin.
Mittwoch morgen 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Donnerstag morgen 7 1/2 Uhr: Schauspiel Emil Pfeiffer.
Der Zigeunerbaron.

Druckerei Volkswacht

Breslau 2, Glacéstraße 4/6.

Kassen- und Sparverein „Vorwärts“ für Breslau u. Umgegend, G. m. b. H.

Bilanz per 30. Juni 1923.	Passiva.
Beitragseinnahmen:	Eigene Mittel:
Beitragseinnahmen I 566 073 624	Mitgliederbeiträge 398 952 624
Beitragseinnahmen II 2 345 250	Ansparrenten-Konto 1 258 012
Ergebnisrücklagen 1	Rezerfens-Konto 538 000
Ergebnisrücklagen 1	Reservefonds-Konto 200 000
Ergebnisrücklagen 1	Ergebnis-Konto 1 937 000
Ergebnisrücklagen 1	Ergebnis-Konto 26 000 900
Ergebnisrücklagen 1	Ergebnis-Konto 25 000 000
Ergebnisrücklagen 1	448 915 636,-
Ergebnisrücklagen 1	809 417 887,-
Gewinnrücklagen:	Gewinnrücklagen:
Gewinnrücklagen 729 000	Gewinnrücklagen-Konto I 182 000 000
Gewinnrücklagen 257 000	Gewinnrücklagen-Konto II 3 243
1 601 556 978,-	Gewinnrücklagen-Konto II 2 361 818
Ergebnisrücklagen:	Gewinnrücklagen-Konto III 553 180
Ergebnisrücklagen 455 250	Ergebnis-Konto 105 400
Ergebnisrücklagen 143 632	Ergebnis-Konto 19 897 600
1 601 556 978,-	Ergebnis-Konto 48 284
Ergebnisrücklagen:	Ergebnis-Konto 79 902 918
Ergebnisrücklagen 9 859 910	278 878 100,-
Ergebnisrücklagen 23 257 250	Ergebnisrücklagen:
Ergebnisrücklagen 102 280	Ergebnisrücklagen-Konto 504 913 251
Ergebnisrücklagen 104 517 221	Konto Rück zu zahl. Unt. 245 242 729
Ergebnisrücklagen 50 600	Rück zu zahl. Unt. 1 412 505
Ergebnisrücklagen 581 187 724	Ergebnisrücklagen-Konto 18 370 000
1 601 556 978,-	1 601 556 978,-

Gewinn- und Verlust-Konto per 30. Juni 1923.

Haben.	Soll.
Ergebnisrücklagen 124 539 340,40	Ergebnisrücklagen 124 539 340,40
Ergebnisrücklagen 329 816 558,04	Ergebnisrücklagen 329 816 558,04
Ergebnisrücklagen 20 625 729,38	Ergebnisrücklagen 20 625 729,38
Ergebnisrücklagen 383 888 874,18	Ergebnisrücklagen 383 888 874,18
Ergebnisrücklagen 20 824 335,28	Ergebnisrücklagen 20 824 335,28
Ergebnisrücklagen 106 787 257,-	Ergebnisrücklagen 106 787 257,-
995 442 264,-	995 442 264,-

Die Mitgliedschaft bezieht sich auf 1. Juli 1922 24 491 mit befristeter Laufzeit 3 121
27 612
mog. haben sich durch Kündigung 405
20
Ergebnis 7 623 5088
Schluß am 30. Juni 1923 19 529 2591

Der Vorstand.

Herrn Dr. Hoffmann, Wilhelm Singer, Robert Müller, Robert Müller.
Schriftliche Bilanz nach dem 30. Juni 1923 haben wir geprüft und mit den ordnungsgemäß geführten Büchern übereinstimmend gefunden.

Die Revisionskommission des Aufsichtsrates.

Herrn Zokus, Emil Grehmann, Emil Dreßler, Richard Düme, Arthur Geibel.

Die Mitglieder der unterzeichneten Vereinigung geben hierdurch bekannt, daß sie sich einschließlich ihrer schlesischen Niederlassungen im Anschluß an das Vorgehen der Reichsbank bei weiterer Markentwertung vorbehalten, durch nicht vereinbarte Kontoüberziehungen entstandene Debetsalden ohne vorherige Ankündigung auf Grund des Dollarkurses vom Vortage der Ueberziehung und des Kurses des der Abdeckung oder dem Kontoabschlusse vorangehenden Tages zu valorisieren, jedoch ist stets mindestens der in Anspruch genommene Debetsaldo zuzüglich Provision in Papiermark zurückzuzahlen.
Breslau, im November 1923.

Vereinigung von Schlesischen Banken und Bankiers

Günstiges Weihnachtsangebot!
Anzug-, Kosmetik-, Unter-, Hemd-Stoffe
bequem auf Teilzahlung
Tuchhandlung
Geschäftszeit 9-1, 3-6 Uhr.

Besitzt die Hindernisse der Sprachschranken? Lernet die **Volks-Wirtschaft** die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verstanden wird.

Große Auswahl!
Central-Schubhaus
Reuschenstraße 44/45
Friedrich-Wilhelm-Straße 61
Volksstädtliche Preise!

BREMEN
AMERIKA
OSTASIEN-AUSTRALIEN
Regelmäßiger Personen- u. Frachtdienst mit eigenen Dampfern. Amerikaner vorzügliche Unterbringung und Verpflegung für Reisende aller Klassen.
Reisegepäck-Versicherung
Näheres Auskunft durch
NORDDEUTSCHER LLOYD + BREMEN
und seine Vertretungen
In Breslau: Norddeutscher Lloyd,
Generalagenten: Hugo Schwarzwilthner Straße 6 (Allianz-Haus).

Arbeitsmarkt
Zeitungsträgerinnen
für Gräbchener, Hennig- und Freystr. sofort gesucht.
Wochenlohn zur Zeit: 3 1/2 Millionen.
Verlag der „Volkswacht“, Flurstr.

Lüchtiger Wiedermelld
für elektrische Maschinen, erfahren im Reparaturen, Reparatur von elektrischen Apparaten und Heizkörpern.
gesucht.
Angebote mit Zeugnissen über frühere Tätigkeit erbeten unter Chiffre 24 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 19. November.

Einigete Sozialdemokratische Partei.

Frauen!

Heute Montag, den 19. November, abends 7 1/2 Uhr, finden in bezeichneten Lokalen

Frauen-Versammlungen

Table with 3 columns: Name, Address, and Details of meetings.

Überall wird ein interessanter Vortrag gehalten...

Am Freitag, den 20. November, abends 7 1/2 Uhr...

Am Freitag, den 23. November, abends 7 1/2 Uhr...

Am Freitag, den 26. November, abends 7 1/2 Uhr...

Am Freitag, den 29. November, abends 7 1/2 Uhr...

Am Freitag, den 3. Dezember, abends 7 1/2 Uhr...

Am Freitag, den 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr...

Am Freitag, den 9. Dezember, abends 7 1/2 Uhr...

Am Freitag, den 12. Dezember, abends 7 1/2 Uhr...

Am Freitag, den 15. Dezember, abends 7 1/2 Uhr...

Am Freitag, den 18. Dezember, abends 7 1/2 Uhr...

Am Freitag, den 21. Dezember, abends 7 1/2 Uhr...

Am Freitag, den 24. Dezember, abends 7 1/2 Uhr...

Am Freitag, den 27. Dezember, abends 7 1/2 Uhr...

Am Freitag, den 30. Dezember, abends 7 1/2 Uhr...

Am Freitag, den 31. Dezember, abends 7 1/2 Uhr...

Am Samstag, den 1. Januar, abends 7 1/2 Uhr...

Am Samstag, den 4. Januar, abends 7 1/2 Uhr...

Am Samstag, den 7. Januar, abends 7 1/2 Uhr...

Am Samstag, den 10. Januar, abends 7 1/2 Uhr...

Am Samstag, den 13. Januar, abends 7 1/2 Uhr...

Am Samstag, den 16. Januar, abends 7 1/2 Uhr...

Am Samstag, den 19. Januar, abends 7 1/2 Uhr...

Am Samstag, den 22. Januar, abends 7 1/2 Uhr...

Am Samstag, den 25. Januar, abends 7 1/2 Uhr...

Am Samstag, den 28. Januar, abends 7 1/2 Uhr...

Am Samstag, den 31. Januar, abends 7 1/2 Uhr...

die berufsmäßige Bodenkultur übrig. Kein Mensch kann also...

Im ganzen weiß der Redner sehr energisch auf die Förderung...

Wir hatten einen schönen Herbst, aber nun will es Winter...

Wir hatten einen schönen Herbst, aber nun will es Winter...

Die juristische Sprechstunde findet in dieser Woche...

Unhaltbare Zustände haben sich bei den täglichen Vorschusszahlungen...

nicht abgehen dürfte. Sogar des Magazins wird es sein...

Verdoppelung der Postgebühren. Vom 20. November an...

Die Stadtverordneten haben Donnerstag Sitzung. Aus der...

Die Breslauer Volksbühne nimmt in ihrer Geschäftsstelle...

Die Gewerkschaft der rheinischen Sonderländer bringen die...

Aus Schlesien. Neulich a. D. Minderungen haben sich hier...

Schweidnitz. Ein Laden mit Inventar zu verkaufen!

Diebstahl. Umfängliche Lebensmittelkrasse walle haben...

Bräuerei „Zum großen Meerschiff“

Inh.: E. Vogel
Reuschestraße Nr. 28

Ausschank nur selbstgebrauter Biere

Kary & Gerson

= Junkernstraße 31 =

Getreide- und Futtermittel-
Großhandlung

I. E. Lewy, Reuschestraße 67

Fabrikation von Strumpfwaren
Handschuhe, Trikotagen, Wollwaren

Benno Freund

Reuschestraße

Strumpf-Fabrik Handschuhe

L. Janower

Herrenkleiderfabrik

BRESLAU 1
Reuschestr. 62
Tel.: Ring 2460

Hermann Kalischer

Tuch-Großhandlung

Breslau, Karlsplatz 4 Telefon: Ring 1765

J. & G. Nathan

Breslau 1, Schloßstraße 11 — Fernruf Ring 6314

Webwaren-Großhandlung

Spezialität:

Kleiderstoffe, Blusenstoffe

Georg Friedländer

Spezialität: Sport-Konfektion

Herren-Kleiderfabrik

BRESLAU 1 Reuschestraße 87/88

M. Foerder & Hirschberg

Breslau, Neue Graupenstraße 17

Telephon: Ohle 9165

Gegründet 1880

Engros

Strümpfe, Trikotagen, Strickgarne

Elkan Weiß

Breslau 1, Karlsplatz 1

Telephon: Ring 588

Webwaren-Großhandlung
und Fabrikation

B. Pohl

Fabrik für Kaka-,
Schokoladen- u. Zuckerwaren

= Verkaufsstellen in allen Städten =

Herrmann Rosenthal

Breslau 1, Antonienstraße 17

Felle- und Häute-Großhandlung

Telephon: Ring 8848 Telegr.-Adresse: harrros

Gebr. Zolkowitz

Engros = Webwaren = Export

Gartenstraße 19. Gartenstraße 19.

Josef Jacobowitz

Karlsplatz = Fernruf: Ring 1497

Leinwand- und Baumwollwaren-Fabrikation
Großhandel / Wäsche- u. Schürzen-Fabrik

Leopold Bloch

Breslau 5
Leder-Großhandlung
Gegründet 1871 Telephon: Ring 1568

H. Cohn, Breslau 1

Blücherplatz 17/18

Engros-Haus für Strumpfwaren, Trikotagen und Babyartikel

Badrian & Cohn

Baumwollwaren und Kleiderstoffe

Breslau 1, Schloßstraße 6 u. Karlstraße 3 :: Fernsprecher Amt Ohle 214

Tuchhandlung Bergmann & Co.

Alte Graupenstraße 6-10

Waren-Handels-Gesellschaft m. b. H.

Kolonialwaren-Großhandlung
Kontor und Lager: Breslau, Schwertstraße 7
Telegraph-Adresse: Wahage :: Fernruf: Ring 7722/24



Salo Tichauer

Schuhhandels-Aktien-Gesellschaft



Neue Taschenstraße 25b Breslau 2 Fernsprecher Ohle 5258

Abfahrt der Züge von Breslau-Hauptbahnhof.

Schnellzüge sind durch starken Druck hervorgehoben. D=Durchgangszug, W=Werkt., S=Sonn-
u. Feiertags, *beschränkte Personenzüge 2.-4. Klasse, *fallen bis auf weiteres aus, Δ=Bahnpost.

nach Richtung Legau - Sagan - (Mühlberg) - Berlin und nach Liegnitz - Gollitz - Dresden (Bahnhof 2)

D 128	D 128*	D 54	D 54*	D 54	D 54*	D 54	D 54*	D 54	D 54*	D 54	D 54*	D 54	D 54*	D 54	D 54*	D 54	D 54*	D 54	D 54*
nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt

nach Richtung Brag - Gopau - (Benitz) - Oderberg (Bahnhof 3)

D 33	425	D 61	500	1054	D 27	285	45	D 619	* 616	628	703	921	D 911	1215
nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt	nach Kollfurt



Lewin & Kempinski

Schuhwaren-Großhandlung
Breslau 5, Hefchenstraße 8

Engros Telephon: Ohle 9131 Export

Foerder & Süßmann, Webwarengroßhandlung

Neue Graupenstraße 17 Telephon Ring Nr. 4906

Spezialität: Leinen- und Baumwollwaren, Hosenseuge

Albert Gutsche

Breslau, Reuschestr. 29-31

— Tel. Ring 10949 —

Engros Lederhandlung Detail

Gummiabsätze — Schuhbedarfsartikel

Filiale: Gröschener Straße 19/21, Klosterstr. 2, Hoffstr. 14, Bohrerer Straße 27

Seidel & Co. G. m. b. H.

Kornbrennerei, Likör-,
Essig- und Mostriechfabrik

Breslau 16, Lutherstraße 21/23 Telephon: Ring 9, Ohle 4930

Detail-Geschäfte: Altes-Ohle 13, Friedrich-Wilhelmsstraße 75

Gebr. Baginsky

Inh. Harry Müller

Webwaren-Großhandlung

BRESLAU, Karlstraße 11 : Fernspr. R. 7059 u. 24

Max Fröhlich

BRESLAU I, Antonienstraße 26/38

Getreide- und Futtermittel-Großhandlung

Telephon: Ohle 21 und 678

Telegr.-Adr.: Getreidehandel

Lichtenstein & Wachsner

Herren- u. Knaben-Kleiderfabrik

Breslau 1, Ring 58

Nathan Levy

Herrenkleiderfabrik

Telephon Ring 6656 :: Reuschestraße 51

Eugen Wienskowitz

BRESLAU I

Karlstraße Nr. 30

Strumpfwaren, Kurzwaren

:: Garne ::

Wolf Fischer & Co., Ring Nr. 1

Großhandlung in Kurzwaren

Strickgarnen : Trikotagen : Strumpfwaren

Peckel & Heimann G.m.b.H.

Breslau, Graupenstr. 2-4 :: Tel. Ring 6164

Tuche u. Buckskin — Lagerbesuch lohnen

G. Rosenthal

Spezialfabrikation von Unterröcken

Groß-Konfektion in Wäsche und Arbeiterhemden

Breslau, Graupenstr. 12 Tel. Ring 1038

J. Traumann

Breslau 1 : Karlstraße 27

Gegr. 1836

Textil-, Kurz- u. Wollwaren - en gro

Bessere

Wohnungseinrichtungen

Josef Hirsch

Breslau Gartenstraße 42

Teppichhaus

Herrmann Leipziger

Inhaber: Adolf und Walter Leipziger

Breslau, Schweidnitzer Straße 7

gegenüber der Schlesischen Zeitung · Tel. Ring 593

Deutsche Teppiche, Läufer, Tisch- und Diwanddecken

aparte Gardinen, Stores, Möbelstoffe

Knobloch & Rosenmann

(früher Arnold Karfunkelstein)

Herren- und Knabenkleiderfabrik

Breslau 1, Büttnerstraße 28/31

S. Schwerin Nachf.

Breslau 1, Am Rathaus 27 (Fuchs & Henel-Haus)

Gegründet 1834 :: Fernspr.: Ring 6851/2

Puppen und Spielwaren : Spez.: Puppenbestandteile

Engros: Fabrikation Export

S. Brandt & Co.

Gartenstr. 65
Gediegene Möbel